



Foto: www.fotolia.de, © Andreas Bonin

Alles gute Arbeit?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister,

Bettina Kohlrausch und Stefan Stache



» Die Bundesregierung geht für das laufende Jahr von einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit aus und betrachtet Vollbeschäftigung als realistisches Ziel, so die Botschaft aus dem politischen Berlin. Haben sich damit mit Blick auf die nächsten Jahre die Diskussionen über eine Reform der Reform der Arbeitsmarktpolitik und die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder erledigt? Werden wir eine Verschiebung der Debatte erleben, bei der es nicht mehr um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, sondern „nur“ noch über die gerechte Entlohnung (Mindestlöhne) und vielleicht noch um die Deckung des Fachkräftemangels geht?

Wahrscheinlicher ist, dass die Auseinandersetzung um Erwerbsarbeit grundsätzlicher werden wird, weil es nicht nur an den Rändern des Arbeitsmarktes zu einer massiven Ausweitung prekärer

Arbeit kommt, sondern auch die FacharbeiterInnenschaft massiven Veränderungen ausgesetzt ist. Hinzu kommt ein sich wandelndes Geschlechterverhältnis, bei dem es verstärkt um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen gehen muss. Die notwendige Absicherung und Finanzierung der Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung für alle Erwerbstätigen spielt eine ebenso zentrale Rolle. Es wird um nichts anderes gehen, als eine Auseinandersetzung um ein neues Normalarbeitsverhältnis zu beginnen.

» „In der Arbeit kreuzen sich Herrschaft und Befreiung, Mühsal und Genuss, Entfremdung und Selbstverwirklichung, Entwicklung und Nichtentwicklung“. Entlang dieser Achsen umreißt das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus das Thema des aktuellen spw-Schwerpunktes. Auch in der seit einiger Zeit neu aufkeimenden Debatte um prekäre vs. gute Arbeit tauchen diese Achsen der marxistischen Arbeitsdebatte wieder auf. spw hat auf der Frühjahrstagung mit der Debatte fortgeführt und eine Bestandsaufnahme über den sich explosionsartig entwickelnden Niedriglohnsektor in Deutschland vorgenommen. Einige dieser Diskussionen werden in diesem Heftschwerpunkt dokumentiert.

□ Ende des Normalarbeitsverhältnisses?

Jede und jeder meint heute zu wissen, dass das klassische Normalarbeitsverhältnis nicht mehr existiert. Welcher Erkenntnisgewinn steckt hinter dieser nahezu inflationär gebrauchten Aussage? Schließlich ist bei dieser gängigen These nur in den seltensten Fällen geklärt, worin die einstige Norm bestanden haben soll. Zur Unschärfe trägt bei, dass das Bild des männlichen Facharbeiters in der Automobilindustrie der 1960er Jahre immer nur ein Idealtyp gewesen ist, der zwar hinsichtlich der Arbeitsorganisation etc. prägend für die Hochphase des Fordismus war, aber auch vor 40 Jahren immer nur einen geringen Teil der Arbeitsverhältnisse ausmachte.

» Die neue Realität in der Industriearbeit und im Dienstleistungssektor umfasst neben der klassischen, tariflich abgesicherten Vollzeitwerbstätigkeit auch Beschäftigungsformen, wie z.B. Solo-Selbständigkeit, Mini-Jobs, Leiharbeit oder Teilzeitbeschäftigung. Ursächlich für diese Entwicklung sind technische Veränderungen, die Logik der auf kurzfristige hohe Rendite orientierten Unternehmensführungen und deren Auswirkungen auf die verschärften Verteilungskonflikte in den Betrieben. Dieser Wandel geht weit über den einzelnen Betrieb hinaus und umfasst grundlegend das Verhältnis von Arbeit und Kapital. Die Renditevorstellungen institutioneller Investoren zeigen heute radikal, dass die Form der als Sozialpartnerschaft bezeichneten Phase des Kapitalismus vorbei ist.

» Geändert hat sich auch die Form der sozialstaatlichen Einbettung von Erwerbsarbeit. Dies bezieht in erster Linie den verstärkten Druck zur Arbeitsaufnahme im Zuge der Hartz-Reformen mit ein. Der politisch beförderte Ausbau von Niedriglohnbeschäftigung hat mittlerweile dazu geführt, dass über sechs Millionen Menschen zu nicht ausreichenden Löhnen beschäftigt sind. Auf diesen Befund gehen Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf und Achim Vanselow (Institut Arbeit und Qualifikation) in ihrem Beitrag ein. Einen Blick über die Berliner Käseglocke hinaus bietet Wolfgang Uellenberg von Daven (DGB-Regionalvorsitzender Köln), der in einem Interview auf den Mythos des Fördern und Forderns eingeht und dessen Folgen für die Arbeit vor Ort aufzeigt. Neben dem erhöhten Druck zur Arbeitsaufnahme zeigen sich weitere Defizite. So wurden beispielsweise die Sozialversicherungen (noch) nicht in die Lage versetzt, neue Beschäftigungsformen und damit vor allem junge Erwerbstätige sozialstaatlich abzusichern. In diesen Kontext stellt Olaf Struck (Uni Jena) seinen Beitrag über das Zusammenwirken von Flexibilität und Sicherheit und plädiert für eine Beschäftigungsversicherung.

Das bloße Wissen um die arbeitsweltliche Realität allein kann für die sozialdemokratische Linke nur der erste Schritt sein, der in einem zweiten

Schritt in einen Streit um die arbeitspolitischen Leitbilder überführt werden muss. Schließlich stehen sich mindestens zwei grundlegende Strömungen mit sich widersprechenden Leitbildern gegenüber.

Die „Hauptsache Arbeit“-Fraktion forciert eine sich weiter auseinanderentwickelnde Arbeitsgesellschaft, bei der neben der unter permanent im internationalen Wettbewerb stehenden Industriearbeit vor allem auf einfache Dienstleistungstätigkeit gesetzt wird. In der christlich-sozialen Variante wird dieses Szenario um die mehr oder weniger freiwillige Bürgerarbeit ergänzt. Dieses Szenario geht einher mit einer Verschärfung der sozialen Polarisierung.

» Zunehmend entwickelt sich eine „Gute Arbeit“-Fraktion in den linken Parteien, den Gewerkschaften und auch in einigen Wissenschaftsdisziplinen, die neben mehr Beschäftigung auch wieder qualitative Aspekte der Arbeit wie ausreichende Einkommen, gesundheitserhaltende Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie thematisiert. Die drei Beiträge von Klaus Pickshaus (IG Metall), Sebastian Jobelius (Mitglied der spw-Redaktion) und Ottmar Schreiner (AfA-Vorsitzender) skizzieren mögliche Leitbilder von Guter Arbeit aus ihrer jeweiligen Perspektive.

Die Auseinandersetzung auf der politischen Bühne, um gesetzliche Mindestlöhne als auch die gewerkschaftlichen Erfahrungen, „Gute Arbeit“ als betriebliches Widerstandskonzept gegen maßlose Leistungsanforderungen einzusetzen, verweisen auf notwendige Hartnäckigkeit und Konfliktbereitschaft. Ein neues Normalarbeitsverhältnis, bzw. eine neue Form der Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzungen um Erwerbsarbeit, wird sich in der Zuspitzung der arbeitspolitischen Leitbilder entscheiden. Die Schlussfolgerung für die SPD-Linke: Gute Arbeit wird sich nicht nur diskursiv erreichen lassen! ■

☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und Gewerkschaftssekretär. Er arbeitet in Frankfurt am Main und lebt in Offenbach.

☞ Bettina Kohlrusch, ist Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet in Göttingen und lebt in Hannover.

☞ Stefan Stache, ist spw-Chefredakteur. Er arbeitet in Berlin und Hannover und lebt in Hannover.